

01 Was muss geschehen

Erwartungen von „Brot für die Welt“ und Evangelischem Entwicklungsdienst EED an den Klimagipfel



Foto: Jörg Böhling

Die 17. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember 2011 in Durban hat entscheidende Bedeutung für die Zukunft der internationalen Klimapolitik. Alle Staaten sind in der Verantwortung, sich auf die Eckpunkte und einen Zeitplan für die Erarbeitung einer verbindlichen und umfassenden Klimaarchitektur zu einigen.

Weitere Verzögerungen sind nicht länger hinnehmbar – anderenfalls wird der Klimawandel ungebremst fort-schreiten. Die Erde ist dann auf dem Weg, sich um deutlich mehr als zwei Grad Celsius zu erwärmen. Dies würde eine nachhaltige und armutsorientierte Entwicklung weltweit extrem gefährden. Es wäre ein potenziell nicht mehr beherrschbares Risiko für hunderte Millionen Menschen, die schutzlos in den Risikozonen der Erde leben. Die Länder und Menschen Afrikas sind von den Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen. „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst EED fordern daher alle Staaten auf, sich einem tragfähigen Kompromiss nicht länger zu verweigern. Beide Werke fordern die Verabschiedung eines dreiteiligen Verhandlungspaketes als Ausweg aus der Krise der internationalen Klimapolitik.

Zweite Verpflichtungsperiode – das Kyoto-Protokoll ist es wert, erhalten zu werden

„Unter Federführung der EU müssen sich möglichst viele Staaten auf eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ab 2013 verständigen. Hierbei sind mindestens die Emissionsminderungsziele auf Basis der Cancún-Beschlüsse völkerrechtlich bindend zu machen. Damit bleiben der etablierte Rahmen und die bewährten Verfahren der einheitlichen Messung, Überprüfung und Rechenschaftslegung über die Emissionsminderung gewahrt“, fordert Richard Brand, EED-Klimaexperte. „Dann besteht auch für die anderen großen Emittenten kein Grund mehr, sich weiter zu verweigern, ihren eigenen fairen Anteil zum Erreichen des 2-Grad-Zieles

völkerrechtlich bindend zu erbringen. Und der UN-Anpassungsfonds kann weiterlaufen.“

Green Climate Fund – Förderinstrument für Klimaschutz und Klimaresilienz

Das in Cancún eingesetzte Transitional Committee hat einen tragfähigen Kompromiss für die Ausgestaltung des „Green Climate Fund“ erarbeitet. Die Ausrichtung des Fonds auf die Finanzierung von Klima- und Waldschutz in Entwicklungsländern einerseits sowie die Stärkung der Katastrophenprävention und Anpassungsfähigkeit von besonders verletzlichen Ländern und Bevölkerungsgruppen andererseits ist zukunftsweisend, der direkte Zugang von Entwicklungsländern zum Fonds zielführend. „Ein Aufschneiden des Paketes in Durban wäre mit einem sehr hohen Risiko der Verwässerung verbunden. Damit der Fonds schnell tätig werden kann, muss er unbedingt in Durban beschlossen und mit ersten finanziellen Mitteln versehen werden“, so Thomas Hirsch, „Brot für die Welt“. Darüber hinaus muß ein Arbeitsplan verabschiedet werden, wie bis 2020 der Mittelaufwuchs der Klimafinanzierung auf 100 Mrd. USD jährlich erfolgen kann. Innovative Finanzierungsinstrumente wie die Finanztransaktionssteuer und Abgaben auf den Kraftstoffverbrauch des internationalen See- und Luftverkehrs sind erforderlich. „Nur so können die Mittel generiert werden, die es bedarf, um den Armen eine verbesserte Katastrophenvorsorge, Risikoversicherungen etwa gegen Ernteaufälle und die Bewältigung von klimabedingter Migration zu ermöglichen“, so Richard Brand, Evangelischer Entwicklungsdienst.



Foto: Christof Krackhardt

Unterschiedliche Pflichten, aber einheitliche Standards – Ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen für alle Staaten ab 2015

Die Staaten mit Reduktionspflichten unter dem Kyoto-Protokoll haben einen Anteil von lediglich 15 Prozent der jährlichen globalen Emissionen. Daher ist es notwendig, dass sich alle anderen großen Emittenten dazu verpflichten, ihre Emissionen nach einheitlichen Standards überprüfen zu lassen und die künftigen Emissionen zu begrenzen bzw. zu vermindern. „In Durban muss ein Verhandlungsmandat verabschiedet werden, das die Erarbeitung eines völkerrechtlich bindenden, fairen und ambitionierten Klimaabkommens unter Beteiligung aller Staaten bis spätestens 2015 ermöglicht“, so Thomas Hirsch, „Brot für die Welt“.

„Spätestens dann müssen sich alle Staaten verpflichten, ihre Emissionsminderungsziele ebenso wie ihre Finanzierungszusagen festzuschreiben und nach einheitlichen Standards international überprüfen zu lassen. Gerechtere wäre es, jedem Land Emissionsrechte bis 2050 zuzuweisen – orientiert an der Begrenzung der Erwärmung auf maximal zwei Grad Celsius. Die nationalen Anteile würden sich nach der Bevölkerungszahl 2015 sowie den seit 1990 bereits verbrauchten Emissionsrechten berechnen.“

Neue Allianzen – Der Weg zum Ziel einer Paketlösung

Die Klimakrise kann nur gemeinsam gelöst werden. Dafür braucht es neue Bündnisse von progressiven Staaten aus allen Weltregionen, die bereit sind, gemeinsam als Vorreiter voran zu gehen. Auch in der Zivilgesellschaft muss für solche Allianzen geworben werden. Von Deutschland erwarten wir hierbei eine Vorreiterrolle.

Wir fordern für Durban:

- die Verabschiedung einer zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls
- die Verabschiedung des Green Climate Fund
- die Verabschiedung eines Mandates mit dem erklärten Willen aller Staaten, bis spätestens 2015 ein völkerrechtlich bindendes, ambitioniertes und faires Klimaabkommen unter Einbindung aller zu verhandeln
- die Umsetzung aller noch offenen Cancún-Beschlüsse bis 2013

Ansprechpartner

Richard Brand, richard.brand@eed.de, Tel. +49. 152. 227 01 676
Thomas Hirsch, t.hirsch@brot-fuer-die-welt.de, Tel. +49. 172. 625 92 07

Herausgeber:

Brot für die Welt, www.brot-fuer-die-welt.de
Evangelischer Entwicklungsdienst e.V., www.eed.de
Art. Nr. 129 5 0091 0

Autor: Thomas Hirsch; Redaktion: Johannes Küstner, Christine Lottje, Jürgen Reichel; V.i.S.d.P.: Thomas Sandner